

ZEITBÜHNE

Magazin für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik

23 Jahre ZEITBÜHNE

23. Jahrgang Nr.1/2009

Euro 1,80

P.b.b. Verlagspostamt A-4400 Steyr
Zulassungs-Nummer GZ 02Z031261 M



30 Jahre Anti-Atomkraft

ZEITBÜHNE

Magazin für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik

INHALT

KOMMENTARE

- 4 Am Abgrund
- 5 Eklat beim Weltwirtschaftsforum in Davos
- 6 Die falsch gestellten Weichen
- 8 30 Jahre Anti-Atomkraft - Eine Bilanz
- 9 Volks-Initiative gegen Klimaschwindel
- 19 Eis, Wasser, Gletscher und Polareis
- 20 Auf in den Herdentier-Sozialismus
- 22 Warnzeichen einer neuen Eiszeit
- 25 Eiszeit oder Erderwärmung?
- 26 Die Klimakatastrophe kommt
- 28 Der Verfall des Rechtsstaates
- 29 Ein paar unangenehme Fragen
- 30 Nicht foltern, aber mehr fordern

7 LESERMEINUNGEN

AUS DER INDUSTRIE

- 10 Industrie erlebt noch nie
dagewesene Auftragseinbrüche
Oberösterreich kann aus einer
Position der Stärke agieren

AUS DER WIRTSCHAFT

- 12 Zu hohe Mehrwertsteuer-Dosis
- 12 Gebäudeausweise zeigen Sanierungsbedarf auf
- 13 Bierland Österreich
- 13 Greiner Group hält der Krise stand
- 14 VKB-Bank: Verlässlicher Partner in Krisenzeiten
- 14 Ausbau der Johannes Kepler-Uni
als Zukunftssicherung
- 15 Energie AG investiert 500 Millionen Euro
- 15 In 10 Jahren vom Übernahmekandidaten
zum Vorzeigunternehmen

ENERGIE

- 17 Kritik an den Baukosten
- 17 Europas erster Dieseltraktor
mit Erdgas/Biogas-Antrieb
- 17 Erdgas könnte durch Gas aus Kohle ersetzt werden

- 18 Energie AG-Konzernzentrale
setzt neue Maßstäbe für Energieeffizienz

POLITIK

- 7 Bürgerkrieg 1934
Korrektur einer Geschichtsfälschung
- 27 Bestürzende Zunahme von Gewalt in den Schulen
- 31 Schritt für Schritt in die Diktatur
- 31 Kampf gegen rechts - ein Millionengeschäft
- 32 Der neue Messias
- 32 Kenia fordert 300 Millionen Euro Nothilfe
für selbst herbeigeführte Hungersnot
- 33 Ein Halt den Irrwegen der Europäischen Union
- 33 Leugnen oder glauben?
- 33 Linksruck in der Katholischen Kirche

PRESSESPIEGEL

- 34 Thailand setzte Flüchtlinge aus
- 34 Geldgier und Machtgier
- 34 1 Million Immigranten in Wien
- 34 Keine Proteste gegen Leichenschändung
- 34 Pro-Israelische Schlagseite

AUSLAND

- 35 Multikulturelle Krawalle in Schweden
- 35 Sonderrechte für Muslime

BÜCHER

- 36 Merkel, der gnadenlose Reimkanzler
- 36 Erinnerungen
- 37 Wie alt wollen Sie werden?
- 37 Ironimus mit spitzer Feder
- 37 Die Krise kommt. . .
- 38 Die 68er in Oberösterreich
- 38 Die Ideologien der Gewalt
- 38 1968: Die Wurzeln des Bösen
- 39 Die europäische Kulturrevolution
- 39 Aufbruch zur Selbstbestimmung
- 39 Freiheit und Sozialstaat?

Wohin damit?

Wir trennen pflichtbewußt den Müll
nach Rezyklier-Devisen,
doch stürzt der Ölpreis das Idyll
jetzt mächtig in die Krise.
Denn Müll, obwohl perfekt sortiert,
bleibt bergeweise liegen -
er ist, weil's nimmer sich rentiert,
kaum an den Mann zu kriegen.

Die Typen in Guantánamo
sind auch wie Ilse Bilsse,
denn selbst mit all dem Pipapo
um Unschuld - keiner will se.
Es nimmt sie nicht einmal ein Koch -
nur möcht' ich fast drauf wetten,
am Ende nehmen wir sie doch,
um stolz die Welt zu retten!

In Frankreich die Justiz-Mamsell
wird ebenfalls zur Bürde,
der Sarko aber handelt schnell
und löst den Fall mit Würde.
Bewährt ist nämlich das Patent:
Wer lästig wird zu Hause,
kommt ins Europa-Parlament
und hat dort ziemlich Pause.

Die faulen Bankkredite muß
man letztlich auch entsorgen -
doch wie? Na von Leviticus
war das Rezept zu borgen:
Denn heut' - genau wie Gott sei Dank
man einst für Schulden büßte -
belädt man eine Sündenbank
und jagt sie in die Wüste!

Pannonicus

Titelfoto: Die neue Konzernzentrale der ENERGIE AG in Linz

Foto: Energie AG

Offenlegung nach §25 des Mediengesetzes, Erklärung über die grundlegende Richtung:
Die ZEITBÜHNE widmet sich der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Bildung.
Sie vertritt unsere demokratische Gesellschaftsordnung und den Rechtsstaat
sowie die Interessen der freien Marktwirtschaft.

In eigener Sache

Die Preiserhöhungen der letzten Jahre sind auch an uns nicht vorübergegangen. Wir haben daher nach 8 Jahren mit 1. Dezember 2008 den Abonnementpreis von 16,- auf 18,- Euro erhöhen müssen. Der Preis des Einzelexemplares erhöht sich dadurch um 33 Cent.

In Hinblick auf den langen Zeitraum seit unserer letzten Preiserhöhung, den vielfach größeren Inseratenanteil ähnlicher Publikationen und die Tatsache, daß wir weder Presseförderung noch sonstige mit Steuergeld finanzierte Förderungen beziehen, sehen wir die Preiserhöhung von 2,- Euro für jährlich 6 Ausgaben als angemessen an.

Wir bieten Ihnen drei Abo-Varianten zur Auswahl an:

Abonnementpreis der Druckausgabe 18,-

Abo-Preis für die Internet-Ausgabe,
identisch mit der Druckausgabe.

Die Aussendung erfolgt rund 10 Tage
vor Auslieferung der Druckausgabe 12,-

Preis für Kombi-Abo (Druck + Internet) 22,-

Wir werden in der ZEITBÜHNE auch weiterhin
Informationen bringen, die Sie anderswo
nicht finden.

IMPRESSUM: Herausgeber: Josef und Brigitte Zachl*

Medieninhaber: Gesellschaftspolitische Vereinigung, 4400 Steyr, Dr. Josef Ender-Straße 21* Telefon und
Fax: 07252/500 65*

e-mail: z.zeitbuehne@aon.at* www.zeitbuehne.at*

Mitarbeiter und Gastkommentatoren: Dr. Richard Kerschhofer, Ing. Walter Prediger, Markus Märker,
Dr. Wolfgang Thüne, Ing. Günther Gruber, Rainer Winkler, Dipl.Ing. ETH Fritz Hatschek*

Jahresabonnement: Euro 18,-* Internet-Abo (identisch mit Druck-Ausgabe) Euro 12,-*

Auslandsabonnement: Euro 26,-* Die ZEITBÜHNE erscheint 6 x jährlich* Einzelpreis Euro 1,80,-*

Anzeigen- und Redaktionsschluß: 2 Wochen vor Erscheinen*

Erscheinungsort: Steyr* Druck: Trauner, Linz* Bankverbindung: Bank Austria Steyr, BLZ 12000,
Konto 0592-42214/00* IBAN = AT48 1100 0059 2422 1400 / BIC = BKAUATWW



Am Abgrund

Von Brigitte Zachl

In wirtschaftlich turbulenten Zeiten wie diesen braucht man einen Sündenbock. Der ist rasch gefunden, die Wirtschaft, die bösen Unternehmer sind die Schuldigen. Mehr und mehr macht sich eine wirtschaftsfeindliche Stimmung breit, wie sie nicht einmal die Marxisten vieler Parteien in ihren ärgsten Hetzkampagnen bewirken konnten. Würden die Unternehmer brav ihre Steuern bezahlen, liest man da etwa in Leserbriefen, hätte der Staat mit einem Schlag keine Schulden mehr. Daß die Unternehmer - schwarze Schafe ausgenommen - ihre Steuern nicht aus reiner Bosheit nicht zahlen, sondern weil sie einfach dazu infolge hoher Außenstände nicht in der Lage sind, wird schlicht ignoriert. Unternehmer werden beneidet. Die Kehrseite der Medaille sieht man nicht oder will sie nicht sehen. Die heißt, länger arbeiten als alle anderen, weniger Urlaub als alle anderen, kaum Sozialleistungen, weder Urlaubs- noch Weihnachtsgeld, weniger Einkommen. Dazu Schikanen von Staat, Finanzamt und Sozialversicherung, die sich ein Angestellter nicht vorstellen kann. Es ist ein Wunder, daß es immer noch Menschen gibt, die sich das antun und sich wie Schwerverbrecher behandeln lassen. Daß Unternehmer oft ihre Steuern nicht zahlen, weil sie beim besten Willen nicht können, wird einfach als Ausrede abgetan. Unternehmertum steht für Gier, Geld und Ausbeuterei. Basta.

Außerdem wird heftig beklagt, daß der Pfusch hierzulande die einzige Sparte mit ordentlichen Zuwächsen ist. Beides, Pfusch und Steuerschuld, hat ein und dieselbe Ursache: Die Steuern sind zu hoch. Die Belastbarkeit liegt internationalen Studien zufolge bei einer Gesamtsteuerbelastung von 30%, alles was darüber hinaus geht, führt zu Verweigerung. Gierig ist hier eher der Staat, denn anstatt Steuern zu senken und sie jenen unserer schärfsten Konkurrenten anzupassen, hat man die Steuerquote alles in allem auf mittlerweile beachtliche 70% hochlizenziert. Das heißt, ab April arbeitet man nicht mehr für sich selbst, sondern für den Staat. Dazu kommt, daß dieser überhaupt nicht daran denkt, zu sparen, und ganz im Gegenteil unser aller Geld in einem Ausmaß veruntreut, daß man sich fragt, warum da nicht der eine oder andere gesiebte Luft atmen muß. Linz ist derzeit ein sehr schönes

Beispiel. Das Kulturhauptstadtjahr kostet uns zugegebene 68 Millionen Euro, über die Folgekosten schweigt man diskret. Die Region Ruhrgebiet mit 53 Gemeinden und 5,3 Millionen Einwohnern läßt sich dies gerade einmal 53 Mio Euro kosten. Die Schulden der Stadt Linz sind seit 1991 von € 12,25 pro Kopf auf € 1.825/Kopf im Jahr 2003 gestiegen. Leider ist Linz keine unrühmliche Ausnahme, sondern eines von vielen Beispielen in dieser verantwortungslosen Republik. Es ist auch kein Ende dieser größtenwahnsinnigen Verschwendungssucht abzusehen, wie die jüngste Debatte um die Glastürme auf den beiden Hauptplatzgebäuden um lächerliche 400 Millionen Euro eindrucksvoll beweist. Dies alles in Zeiten, in denen die Zahl der Arbeitslosen von Tag zu Tag steigt und viele nicht mehr wissen, wie sie über die Runden kommen sollen.

Aber der Fisch stinkt bekanntlich vom Kopf. Die Staatsverschuldung belief sich per 23. Februar auf 165.536.409.918,-- Euro, das sind 22.135,-- pro Kopf oder 40.423,-- pro Erwerbstätigem. Dazu kommen noch die ausgelagerten Schulden, die etwa für die ASFINAG allein 10 Mrd Euro betragen, Tendenz stark steigend. Allein die Wahlversprechen würden uns 30 Milliarden kosten. Die letzte Regierung hat es trotz gestiegener Steuereinnahmen zustande gebracht, daß die Schulden steigen und derzeit inklusive der ausgelagerten Schulden deutlich über 60% des BIP ausmachen. Und das ohne das Bankenpaket!

Und da sollen die 7 Milliarden Schilling Defizit, die die letzte ÖVP-Alleinregierung hinterlassen hat, laut Kreisky ein Wahnsinn gewesen sein? Dem besten aller Finanzminister Androsch gelang es jedenfalls, diesen Betrag binnen Jahresfrist auf 22 Milliarden zu verdreifachen.

Ganz gleich, wohin man schaut, ob Asylpolitik, Gesellschaftspolitik, Energieversorgung - die Politik, die derzeit in Österreich gemacht wird, ist für jeden vernünftig denkenden Menschen ein einziger Albtraum, der auf direktem Weg in den Abgrund führt. Mit der momentan grassierenden „Alles gratis“-Masche - vom Kindergarten bis zum Studium, kann man zwar manche Leute eine Zeit lang täuschen, aber nicht alle immer. Das wird sich bei den kommenden Wahlen herausstellen.



Eklat beim Weltwirtschaftsforum in Davos

Spannungen zwischen Israel und der Türkei – Dilemma der EU-Erweiterer

Von Richard G. Kerschhofer

Daß die Beziehungen Israels mit der Türkei, dem nach den USA zweitwichtigsten militärischen Verbündeten Israels, in den letzten Jahren Belastungen ausgesetzt waren, wurde bisher nie an die große Glocke gehängt. Doch der Eklat beim Weltwirtschaftsforum in Davos hat nun auch der Weltöffentlichkeit die Krise und die nicht zuletzt durch den Gaza-Krieg angeheizte antiisraelische und antiwestliche Stimmung in der Türkei vor Augen geführt:

Bei einer Podiumsdiskussion mit UN-Generalsekretär Ban Ki Moon, dem Generalsekretär der Arabischen Liga Amr Mussa und dem türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan hatte der israelische Präsident Schimon Peres in einem langen Monolog die Kritik an Israel zurückzuweisen versucht. Als Erdogan daraufhin nochmals das Wort verlangte, erklärte der Diskussionsleiter David Ignatius von der Washington Post die Sitzung für beendet – weil schon das Abendessen warte.

In der folgenden Kontroverse verließ Erdogan den Saal und reiste ab. In Istanbul wurde er von tausenden Anhängern bejubelt, die neben türkischen und palästinensischen Fahnen auch Transparente mit „Davos Fatih“ – „Eroberer von Davos“ - schwenkten. Als „Fatih“ war Erdogan schon Ende 2004 bei seiner Heimkehr aus Brüssel begrüßt worden, nachdem die Gegner eines EU-Beitritts der Türkei praktisch kapituliert hatten.

Pflichtgemäß ergehen sich westliche Medien jetzt in Kritik am türkischen „Antisemitismus“ und an „Haßausbrüchen“ Erdogans. Man fragt, ob die Türkei überhaupt noch ein Verbündeter sei, und zählt ein ganzes Sündenregister auf: So hat Erdogan doch gleich nach dem Wahlsieg der Hamas Anfang 2006 eine große Hamas-Delegation empfangen - und im Juli 2008 sogar den von Den Haag als Kriegsverbrecher gesuchten sudanesischen Präsidenten Omar Al-Bashir.

Der iranische Präsident Mahmud Ahmadi-Nejad durfte während des Staatsbesuchs im August mit tausenden Gläubigen in der Istanbuler Blauen Moschee beten - während Staatsgästen aus anderen islamischen Ländern sonst nur eine etwas bescheidenere Moschee zusteht. Ein Abkommen zur Erschließung iranischer Gasfelder wurde unterzeichnet, womit die Türkei das westliche Embargo gegen den Iran unterläuft. Und im November erklärte Erdogan in Washington, daß Länder, die gegen das iranische Atomprogramm seien, selber keine Atom-Waffen haben sollten

– eine deutliche Spitze gegen Israel, das über etwa 200 einsatzfähige Atomsprengköpfe verfügt. Mit „Sorge“ wird weiters vermerkt, daß Rußland seit dem Amtsantritt Erdogans 2002 vom siebentwichtigsten zum wichtigsten Handelspartner der Türkei aufstieg – zwei Drittel des türkischen Erdgasbedarfs werden aus russischen Quellen gedeckt.

Vorwürfe, Erdogan habe den Eklat in Davos wegen der türkischen Regionalwahlen Ende März vorsätzlich ausgelöst, gehen eher daneben. Denn Erdogan gilt tatsächlich als emotional und er hatte den Gaza-Krieg schon daheim als Verbrechen gegen die Menschlichkeit bezeichnet. Sein Unmut ist deshalb so groß, weil er sich von Olmert hintergangen sieht, der vier Tage vor dem Angriff bei ihm zu Gast gewesen war - die jahrelange türkische Vermittlungsarbeit zwischen Israel und Syrien ist nun diskreditiert! Hintergangen wurde Erdogan aber auch schon beim israelischen Angriff auf eine angebliche syrische Atom-Anlage im September 2007: Israels Bomber waren zur Täuschung der Syrer durch den türkischen Luftraum angefliegen – ohne Wissen des Premiers, doch mit offensichtlichem Einverständnis der türkischen Militärführung.

Der Eklat von Davos ist in letzter Konsequenz nur ein Symptom des Machtkampfs in der Türkei. Denn, vereinfacht ausgedrückt, stehen Erdogan und seine Regierungspartei AKP für schleichende Re-Islamisierung und für Nähe zu den islamischen Staaten – ganz im Sinn der übernationalen „Umma“, der Gemeinschaft der Gläubigen. Hingegen stehen die europäisch „aufgeklärten“, meist proisraelischen Kemalisten mit ihrem Rückhalt in Militär und Verwaltung, oft „tiefer Staat“ genannt, für radikalen, minderheitenfeindlichen Nationalismus - und sie warten nur auf einen Anlaß für einen Militärputsch.

Beide Positionen waren immer schon mit den vielbemühten „europäischen Werten“ absolut unvereinbar. Daß dies auch den EU-Bürgern allmählich bewußt wird, bereitet manchen Leuten großen Kummer, denn die EU-Aufnahme der größtenteils außereuropäischen Türkei sollte ja Präzedenzfall für die Aufnahme Israels werden. Die Entfremdung der beiden Staaten gibt nun den Berichten neue Nahrung, daß hinter den Kulissen bereits über eine inoffizielle EU-Aufnahme Israels diskutiert wird.



Die falsch gestellten Weichen

Von Josef Zacl

Die Proteste waren fast einhellig: Die Lehrer sollen zwei Stunden mehr arbeiten, statt 20 also 22 Stunden. Eine Zumutung, sind sich Politiker aller Parteien einig. Die einzige Zustimmung kam von Veit Sorger, dem Präsidenten der Industriellenvereinigung.

Selbstverständlich gibt es Unterrichtsfächer, die von den Lehrern viel Zeit außerhalb der Unterrichtsstunden erfordern. Turn- und Musiklehrer, um nur einige zu nennen, können dies aber nicht von sich behaupten.

Gar nicht verstehen kann man die Lehrer, warum sie nicht mit der gleichen Einmütigkeit, mit der sie sich jetzt gegen zwei Stunden Mehrarbeit wehren, schon längst Sanktionen gegen verbale und tätliche Übergriffe durch Schüler forderten. Liegt es etwa daran, daß Sie damit die ihnen jeweils nahestehenden Politiker in die Verlegenheit bringen würden, endlich einmal hart durchzugreifen?

Allzuviele junge Menschen streben aus den unterschiedlichsten Gründen den Beruf des Lehrers an. Österreichweit sind es Tausende, die viele Jahre - oft vergeblich - auf eine Anstellung warten. Die Forderung, diesen Zustand durch die Einstellung von jeweils zwei Lehrern pro Klasse zu beheben, entspringt einer jahrelangen Verdummungskampagne der Bevölkerung: Der Staat kann alles, was sind schon Schulden?

Die Lösung wäre so einfach, indem man die Anforderungen in den Ausbildungsstätten schon bei der Aufnahme und auch weiterhin erhöht. Das geht nicht, war die Antwort. Wenn beim Punktesystem für die Aufnahmereihung auch das Mitwirken in möglichst vielen Vereinen zählt, braucht man sich über eine manchmal negative Auslese nicht wundern. Auch nicht darüber, wenn man von einem akademisch gebildeten Lehrer einen Leserbrief bekommt, der in 15 Zeilen 11 unterschiedliche Fehler enthielt.

Im ORF wurde über Deutschkurse berichtet, wobei im ersten Kurs die wichtigsten 600, im zweiten die 1200 wichtigsten Wörter gelehrt werden. Nicht etwa für Ausländer: Der Schlußsatz lautete - „Leider sind diese Kurse für unsere Lehrer nicht verpflichtend.“ Viele glauben, man könne unser Bildungssystem mit noch weniger Schülern pro Klasse, mehr Lehrern und mehr Geld verbessern. Man soll endlich einmal aus den Bewerbern nur die besten nehmen, wobei der charakterlichen Eignung ebenfalls ein wesentlicher Stellenwert zukommen muß.

Unabhängig von den Lehrern - so manche „soziale Errungenschaft“ wird ausschließlich mit wachsender Staatsverschuldung, mit politischer Hochstapelei finanziert.

Ein weiterer Bereich mit seit Jahrzehnten falsch gestellten Wei-

chen ist das Gesundheitssystem. Die Millionenverluste, die manche Kassen zustandebringen, löste die Regierung auf bewährte Weise: Die Kassen bekommen Millionen mit der Auflage, daß sie sparen müssen. Daß man erst einen exakten Sparplan verlangt und dann erst Verluste abdeckt, wäre wohl zu radikal gewesen.

Dr. Erich Laminger, Verbandsvorsitzender des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger, erklärte, daß, wenn man alle vermeidbaren, überflüssigen Kosten einsparen würde, unser gesamtes Gesundheitssystem ohne Einschränkungen der Leistungen mit den derzeitigen Einnahmen finanzierbar wäre.

So gibt es etwa im Waldviertel ein Pilotprojekt, wo alle eingewiesenen Patienten, Akutfälle ausgenommen, vor Aufnahme von hauseigenen Ärzten untersucht werden - das Ergebnis: 30 Prozent konnten wieder in die Obhut ihrer behandelnden Ärzte heimgeschickt werden.

Darüber hinaus gibt es immer noch kostenaufwendige Doppel- und Dreifachuntersuchungen, manche Krankenhäuser bekommen teure Geräte, die sie kaum nützen, andere wieder warten vergeblich auf Geräte, die sie dringend brauchen würden. Andererseits wirft man den Krankenhäusern auch vor, sie seien säumig in der Ausbildung von Fachärzten und lenkt damit von den wirklich Schuldtragenden, die Politikern ab. Es gibt zu wenig Ausbildungsplätze, und darüber entscheiden Politiker.

Wahlen stehen vor der Tür, und deswegen brauchen wir dringend eine medizinische Fakultät in Oberösterreich, sonst droht Ärztemangel. Wenn Politiker sich für die Gesundheit einsetzen, kommt das in der Bevölkerung immer gut an. Warum gehen dann immer wieder Ärzte in die ehemalige DDR, weil sie in Österreich nichts finden?

Oberösterreich braucht dringend den Ausbau der technischen und naturwissenschaftlichen Fächer an der Linzer Universität, die Industrie leidet unter Mangel an akademisch gebildeten Fachleuten. Studenten, die in Graz oder Wien studieren, finden dann meist auch in der Nähe ihres Studienortes eine berufliche Chance. Mit Linz als Studienort könnte man schon während des Studiums Absolventen an oberösterreichische Betriebe binden.

Unsere Politiker tun sich viel leichter, Geld auszugeben, das sie gar nicht haben, als mit einer vernünftigen Finanzpolitik sinnvoll und sparsam zu wirtschaften. Die Staatsreform, mit deren Durchführung Milliarden eingespart werden könnten, liegt seit Jahren unbeachtet in irgendeiner Schreibtischlade.

Bürgerkrieg 1934 - Korrektur einer Geschichtsfälschung

Von Klaus Lühje, Brigadier aD

Mit der Ausstellung im Wissensturm in Linz zum Bürgerkrieg 1934 wurde wieder einmal die Chance einer objektiven Darstellung der Geschichte nicht genutzt. Die Ausstellung war aus der Sicht der Sozialdemokratie einseitig gestaltet, sodaß bei Besuchern der Eindruck entstand, daß nur der Republikanische Schutzbund zu den Guten zählte, alle anderen aber zu den Bösen. Dieser Eindruck wurde bei Führungen noch verstärkt.

Während z.B. unzählige Fotos bewaffneter Formationen der Exekutive, des Bundesheeres und der Heimwehr gezeigt wurden, gab es kein einziges Bild von bewaffneten Schutzbündlern, nicht einmal das bekannte Bild der MG-Stellung im Hotel Schiff war zu sehen.

Auch die Bewaffnung des Schutzbundes wurde nicht erwähnt. Daß allein im Hotel Schiff 5 Maschinengewehre, 80 Gewehre, 500 Pistolen sowie zahlreiche Rohrbomben (sog. „Schmierbüchsen“) und Handgranaten beschlagnahmt wurden, wurde diskret verschwiegen. Lediglich ein paar Pakete Sprengstoff von Nationalsozialisten wurden auf einem Foto gezeigt.

Hingerichtete oder gefallene Schutzbündler wurden ausführlich gewürdigt, Gefallene des Bundesheeres und der Exekutive nur am Rande erwähnt. Über das haßerfüllte und brutale Vorgehen von Schutzbündlern wurde nichts gezeigt.

Daß nach den schrecklichen Ereignissen am damaligen Polygonplatz, wo drei Soldaten des Alpenjägerregiments 8 teils erschossen, teils mit Krampen erschlagen wurden, der Platz nach einem nachweislich am Mord beteiligten und später hingerichteten Schutzbündler, nämlich Anton Bulgari, benannt wurde, ist ein Hohn gegenüber den ermordeten Soldaten. Im Bundesheer wurde der Platz noch jahrelang als „Mörderplatz“ bezeichnet.

Auch war es bei der Ausstellung kein Thema, daß ein Sanitäter des Bundesheeres, Kanonier Alois Schiessl, der mit einer Rotkreuzbinde gekennzeichnet war, beim Versorgen von Verwundeten in der Franckstraße vom Schutzbund mit Kopfschuß getötet wurde. Ebenso wurde Kanonier Franz Kollmann erschos-

sen, als er in der Krankenhausstraße ein verletztes Pferd bergen wollte. Derartige Beispiele gibt es viele.

Ein solcher Haß war beim Bundesheer niemals festzustellen, im Gegenteil. In Steyr wurde sogar überzählige Heeresverpflegung Arbeitern der Steyrer Werke überlassen. Nach Beendigung des Bürgerkrieges lehnten viele Offiziere staatliche Auszeichnungen ab, da sie für den Einsatz gegen Österreicher nicht dekoriert werden wollten.



Drei erschossene Bundesheersoldaten kurz vor ihrer Beerdigung. In der Mitte Kanonier Alois Schiessl

Die Aussagen dieses Kommentars basieren überwiegend auf dem offiziellen Bericht des Bundesministeriums für Landesverteidigung (Wien 1935) und auf Angaben von Zeitzeugen. Nach 75 Jahren sollte eigentlich die Vergangenheit bewältigt sein.

Gedenken wir aller Toten und hoffen, daß sich eine derartige Situation nie wiederholen möge, eine Situation, die eine Folge der politischen Entwicklung war und die nur möglich war, weil die Patrioten zu wenig Demokraten und die Demokraten zu wenig Patrioten waren.

LESERMEINUNGEN

Die unendliche Zogaj-Geschichte

Der Zeitpunkt war wie meistens gut gewählt, daher konnte sich die linke Medienszene sofort gierig auf die „Weihnachtstragödie“ stürzen, allen voran Österreich.

Es war natürlich keine Heimreise, sondern wie bisher bei dieser Sippe immer, der xte sinnlose Versuch, gesetzeswidrig eine Landesgrenze bei Nacht und Nebel zu übertreten. Natürlich mit Hilfe bezahlter (von wem?) Schlepper, die von den beiden hoffnungsfrohen älteren und vorbestraften Zogaj-Gewalttätern angeheuert wurden, damit ihre beiden kleineren Geschwister ins Pühringer-Land in die Obhut des Herrn Friedl eingeschleust würden.

Wenn Nurje Zogaj - die trotz jahrelangem illegalen Aufenthalt im dummen österreichischen Schlaraffenland noch immer nicht

Deutsch kann (oder lernen will) und uns dauernd weismacht, sie verstünde nicht, was sie da zur Unterschrift vorgelegt bekäme, samt der mediengerecht aufbereiteten Arigona endlich blitzartig und ohne Mediengetöse zurück in den Kosovo (wo ein wohnbereites leeres Haus auf sie wartet) abgeschoben würde, dann wäre die herbeigetrommelte Familienzusammenführung schon längst Wirklichkeit.

Hoffentlich sind unsere ungarischen Freunde und Nachbarn gescheiter und konsequenter als unsere inländerfeindlichen Politiker und schieben die Zogajs unter gleichzeitigem EU-weiten Aufenthaltsverbot sofort ab. Es gibt kein Bleiberecht und wir brauchen die (kriminellen) Zogajs nicht in Österreich.

Heinz Gerger, Alland



30 Jahre Anti-Atomkraft - Eine Bilanz

Von Helmuth Bumberger

In Österreich wurde neulich der Jahrestag des größten Erfolges der Kernkraftwerksgegner – das Nichteinschalten einer 600 MW Anlage nach deren kompletter Fertigstellung gefeiert. In anderen Ländern gab es, teilweise erst als Folge der Ereignisse von Tschernobyl weniger spektakuläre Absetzentscheidungen wie z.B. in Deutschland, wo man den bestehenden Kernkraftwerkspark nach Ablauf der Betriebsgenehmigungszeit auslaufen lassen will.

In der Frage der Kompensation der entfallenden Menge an elektrischer Energie und der Beschaffung des absehbaren Mehrverbrauchs hat man sich damals gerne dem von der Grünbewegung vorgegebenen Lösungsansatz angeschlossen: Sparen, Ausbau der bestehenden Alternativen Wind, Photovoltaik, Biomasse, erfolgreiche Suche ganz neuer Methoden zum Erzeugen elektrischer Energie.

Heute darf – und soll – gefragt werden, was daraus geworden ist. Die elektrische Energie hat sich erwartungsgemäß in Richtung Mehrverbrauch entwickelt. Es hat sich auch gezeigt, daß jenem Bereich, wo der technische Fortschritt eine Reduktion ermöglichte – z.B. bei der Beleuchtung – neue Aufgaben gegenüberstehen, bei denen der Einsatz von Elektroenergie nicht ersetzbar ist. Spannend wird es, wenn man an das elektrische betriebene Auto denkt, an dem die Industrie mit allem Nachdruck arbeitet, nachdem die Verbrauchswerte der Hybridmodelle gezeigt haben, daß ihnen die Abkehr vom Erdöl auch nicht gelingen wird. Zwar sind natürlich noch keine genauen Daten verfügbar, wie sich das „Tanken an der Steckdose“ auswirken wird, aber eine grobe Abschätzung sei erlaubt. Wenn ein Durchschnittsautofahrer 15.000 km pro Jahr mit 8 Liter per 100 km zurücklegt, tankt er rund 14.500 kWh fossile Energie. Unterstellt man, daß das E-Auto samt Batterie und Nebenaggregaten (Heizung, Klimaanlage?) einen doppelt so hohen Wirkungsgrad hat, bedeutet das noch immer, daß ein Haushalt mit einem E-Auto in der Garage seinen Strombedarf mindestens verdoppelt. Wenn das viele sind, werden wir noch mehr in den Bereich der Stromeinkäufer abrutschen. Aus welchen Kraftwerkspark diese zusätzliche Energie kommen wird, kann man sich überlegen.

Zurück zu unseren Erwartungen vor 30 Jahren und was daraus geworden ist:

O Über das Sparen, soweit es die Elektrizität betrifft, habe ich schon berichtet. Echte Fortschritte hat es überhaupt nur bei Warmwasser und Raumheizung gegeben, aber das hat mit Elektrizität nur insoweit zu tun, als bei den meisten modernen Systemen der Hintergrund einer zuverlässigen Stromversorgung unerlässlich ist. In meiner neuen Hackschnitzel-

heizung, ein hervorragendes Produkt einer österreichischen Firma, sind acht Elektroaggregate am Werk und an einen längeren Stromausfall möchte ich lieber nicht denken.

O Die vor dreißig Jahren bekannten Alternativen haben sich trotz massiver Förderung nicht wirklich zu einer nennenswerten Stütze unserer Versorgung entwickelt. Die Windgeneratoren wurden zwar weiterentwickelt, konnten aber ihre systembedingten Nachteile nicht überwinden. Ein zu hoher Anteil, bei uns ohnehin klimatisch kaum denkbar, würde sich nachgerade zu einer Gefahr für den stabilen Netzbetrieb entwickeln. Die größte Enttäuschung der letzten Jahrzehnte liefert die Photovoltaik. Kurz gesagt, ist jenes Bauelement, das die Umsetzung von Sonnenlicht in elektrische Energie mit einem vernünftigen Preis/Leistungsverhältnis durchführt, noch immer nicht erfunden und die massive Förderung der heutigen Technologie bedeutet reine Geldvernichtung. Die Verstromung von Biomasse leistet auch keinen signifikanten Beitrag zur sicheren Versorgung. Zwar hat mittlerweile jeder Versorger so eine Anlage, um an die massiven Förderungen heranzukommen, aber bei der Beschaffung des Brennstoffes haben sich die Grenzen dieser Alternative schon gezeigt. Offenbar sind die Preise dafür noch immer nicht geeignet, um die Durchforstungsrückstände aus Österreichs Wäldern herauszulocken. Im Übrigen hat uns das Beispiel Biosprit gezeigt, daß es bei grünen Projekten gut wäre, frühzeitig etwas Mathematik ins Spiel zu bringen. Da mußte von Beimischungs-Vorschriften von 20 % rasch zurückgerudert werden, als sich zeigte, daß uns für einen nennenswerten Ersatz fossiler Treibstoffe einfach die Ackerfläche zu klein wird.

O Bleibt noch die Erwartung nach dem großen neuen Wurf der Energietechnik. Einige Mitbürger glauben, daß es den schon gibt, aber die Öllobby unterdrückt seine Anwendung. Leider haben diese Gerüchte die Ebene der Stammtische noch nicht verlassen.

Daß trotzdem nichts passiert ist, was dem Verbraucher auffällt, beruht auf der nicht kolportierten Tatsache steigender Stromimporte. Damit sind wir, ob es uns gefällt oder nicht, dabei angelangt, daß wir für eine sichere Stromversorgung zumindest in den nächsten Jahrzehnten die Kernenergie brauchen werden.

Und jetzt sehen wir die gravierendste Auswirkung der Verteufelung:

30 Jahre lang hatte kein junger Mensch die Chance, sich wissenschaftlich mit dieser Technik zu befassen. Hätte jemand dies gewollt, wäre ihm die Ächtung der Gesellschaft sicher gewesen, es gab aber ohnehin kein einschlägiges Angebot an

Schulen und Universitäten, ebenso wenig gab es ein Jobangebot. 20 Jahre wurde in Europa kein neues Kernkraftwerk gebaut. Deutschland hat seinerzeit das Know-how von Siemens KWU ziemlich lustlos in Form einer Minderheitsbeteiligung bei einer französischen Firma geparkt; die Erbauer des vorhandenen Kraftwerksparks sind in Pension.

Die Angst und Ablehnung hat jedenfalls 30 wertvolle Jahre gekostet, in denen eine konsequente Forschung und Entwicklung ziemlich sicher auch die Sicherheitsfragen und über die Wiederaufbereitungstechnik auch die Endlagerungsfrage ein großes Stück weitergebracht oder endgültig gelöst hätte. Man braucht sich nur vor Augen zu führen, was in anderen Bereichen in 30 Jahren weitergegangen ist: z.B. beim KFZ-Motor oder bei der Kohleverbrennung, um nicht von der Telekommunikation zu reden.

Derzeit baut der einzige europäische Anbieter eine Anlage in Finnland und führt dort einen neu entwickelten Reaktortyp EPR (European Pressurized Waterreactor) ein.

Wie wir jüngst nach einer vom Steuerzahler finanzierten Fact-Finding-Mission von LR Anschöber, aber auch schon Monate vorher aus der Presse oder von Publikationen der Herstellerfirma

erfahren haben, gibt es dort beachtliche Termin- und Kostenüberschreitungen. Auf Grund des oben Gesagten ist das verständlich und bei Projekten dieser Größenordnung auch nicht ungewöhnlich (Airbus A 380). Konkurrent Toshiba-Westinghouse hat seinen neuen Reaktor AP1000 noch auf dem Reißbrett, die Chinesen arbeiten nach einer früheren französischen Technologie und dann gibt es noch die Russen. Weitere Anbieter gibt es nicht.

Wie das Geschäft beim europäischen Anbieter läuft, zeigen die Zahlen für den derzeitigen Jahresumsatz (€ 15 Milliarden) und den Auftragsbestand (€ 38 Milliarden). Daß Österreich nicht - auch als Lieferant von Komponenten - dabei ist, ist klar. Auch Kraftwerk werden wir keines bekommen. Man kann wie schon jetzt, eben vermehrt elektrische Energie vom europäischen Verbundnetz kaufen.

Während das Land weiter die Anti-Atom-Szene mit hohen Beträgen unterstützt und sich einen Anti-Atomkraft-Beauftragten sowie einen hilflosen Energie-Beauftragten leistet, kann der Bürger nur hoffen, daß rund um uns eine realistische Energiepolitik betrieben wird und wir zu leistbaren Konditionen auf dem Trittbrett mitfahren dürfen.

KommR Ing. Helmuth Bumberger war jahrelang Vorstand eines internationalen elektrotechnischen Unternehmens

Volks-Initiative gegen Klimaschwindel

Ein Diskussionsvorschlag von Werner Furrer, Schweizerzeit

Das Wetter auch nur für den nächsten Tag exakt vorauszusagen, scheint oft ein Problem zu sein, das erleben wir immer wieder. Das Klima für die nächsten Jahre und sogar Jahrzehnte vorauszusagen, das geht, will man uns weismachen. Ohne seriöse Grundlagen, dafür mit umso mehr Gehirnwäsche, wird uns tagtäglich - unterstützt von den meisten Medien - die nahende Apokalypse prophezeit - die Erderwärmung. Schuld ist der Mensch und das von ihm produzierte CO₂, und deshalb muß der Mensch auch bezahlen. Ein unwissenschaftlicher Schwindel, der einzig und allein der Erschließung neuer Geldquellen dient, am Klima jedoch ganz sicher nichts ändert. In allen Ländern empören sich aufgeklärte Menschen gegen diesen Schwindel. In der Schweiz hat ein Verein bereits einen Initiativ-Text ausgearbeitet, der bereits die Vorpüfung durch die Bundeskanzlei bestanden hat.

Volksinitiative gegen Abgaben für Maßnahmen zur Beeinflussung des Klimas (gegen Klima-Abgaben)

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art.135a (neu) Verbot von Abgaben und Subventionen für Maßnahmen zur Beeinflussung des Klimas

1. Die Schweiz anerkennt weder verbindliche Prognosen über die Entwicklung des Klimas noch Verfahren, dieses in nützlicher Weise zu lenken oder zu schützen.

2. Sie ergreift keine Maßnahmen und beteiligt sich nicht an völkerrechtlichen Verträgen, die für Zwecke nach Absatz 1 propagiert oder gefordert werden.

3. Abgaben, Subventionen, fiskalische und sonstige staatliche

Vergünstigungen mit dem Zweck, das Klima zu beeinflussen, sind verboten.

Wasserdampf ist ein in der Wirkung drei Mal so starkes Treibhausgas wie der sogenannte Klima-Killer CO₂. Es zeigt sich in Form von Nebel und Wolken und verstärkt unter bestimmten Bedingungen die Treibhaus-Atmosphäre. In Form von Wolken spendet es Schatten, die Atmosphäre kühlt ab. Wasserdampf ist schwer berechenbar, das verhindert daher eine seriöse langfristige Prognose.

Grundsätzlich gibt es keine seriösen Prognosen über die Zukunft unseres Klimas, es gibt lediglich eine weltumspannende Hysterie und Panikmache, um damit ein Milliardengeschäft zu machen. Während der letzten drei Jahre ist die weltweite Durchschnittstemperatur gesunken. Man erinnere sich nur an den kalten Herbst und Winteranfang 2008. Wie es sich auswirkt, ob es wärmer oder kälter wird, ist immer auch eine Frage des Wohnortes. Sibirer oder Tibeter hätte gegen eine Erwärmung sicher nichts einzuwenden. Es gibt sicher schlimmere Szenarien als ein wärmeres Klima.

Noch viel weniger, als dieses vorauszusagen ist es möglich, es zu lenken. Noch so hohe Einnahmen aus Ablaßzahlungen werden am Klima nichts, aber auch schon gar nichts ändern. Das ist auch der Grund, warum in Österreich und Deutschland eine derartige Initiative wie in der Schweiz völlig undenkbar ist. Wo sollte denn das Geld zur Sanierung der maroden Staatskassen herkommen, wenn nicht von Leuten, die sich aus Dummheit oder Unwissenheit zum Zahlen verurteilen lassen.

Industrie erlebt noch nie dagewesene Auftragseinbrüche Oberösterreich kann aus einer Position der Stärke agieren

Wie lange die von außen gekommene globale Finanz- und Wirtschaftskrise anhalten wird, zeichnet sich erst schemenhaft ab. Fest steht allerdings, daß das Jahr 2009 das wirtschaftlich schwierigste Jahr seit Jahrzehnten werden wird. „Gerade in der aktuellen Situation ist es wichtig, mit Sofortmaßnahmen den Konjunkturerinbruch zu mildern und den Strukturwandel voranzutreiben. Nur so ist unser Standort auch für die Zukunft gerüstet“, stellte Dipl.Ing.Klaus Pöttinger, Präsident der Industriellenvereinigung OÖ, zur größten Herausforderung seit dem Ende des 2. Weltkrieges fest.

Der IV-Präsident weiter: „Die Folgen der globalen Krise können wir nur gemeinsam bewältigen. Oberösterreich hat den großen Vorteil, aus einer Position der Stärke heraus agieren zu können. Unsere wichtigsten Wirtschaftskennzahlen wie Wirtschaftswachstum, Beschäftigtenzahlen und Arbeitslosenquote, waren in den letzten Jahren auf überdurchschnittlich gutem Niveau.“ Oberösterreichs Industrie hat die erfolgreichen Jahre genutzt und massiv in neue Technologien und Forschung und Entwicklung investiert. Die Betriebe sind lt.Pöttinger überwiegend sehr gut positioniert.

Die Situation ohne jede Schönfärberei

Die Hoffnung auf eine „schwarze Null“ im Jahr 2009 sei tot, offen bleibt nur die Frage über das Ausmaß der Rezession. Vor allem das erste und zweite Quartal werden besonders schwierig werden, erst dann wird das volle Ausmaß der globalen Krise voll spürbar sein. Für Gesamtösterreich erwartet die IV den Tiefpunkt für die Industrieproduktion nicht vor dem dritten Quartal 2009. Am Arbeitsmarkt wird der Tiefpunkt nicht vor dem zweiten Quartal 2010 erreicht werden.

Die konjunkturelle Stabilisierung liegt noch in weiter Ferne und es wird auch in den kommenden Monaten weiter-



IV-Präsident Klaus Pöttinger sieht in der globalen Finanzkrise eine Herausforderung, die langfristig nur von der realen Privatwirtschaft bewältigt werden kann

hin bergab gehen

Die Auswertung der IV-Konjunkturumfrage bestätigt, daß ein Großteil der Betriebe eine weitere Verschlechterung erwartet. Während die aktuelle Geschäftslage im dritten Quartal noch überwiegend positiv eingeschätzt wurde, hat sich diese Einschätzung auf Null reduziert.

Die Lage in sechs Monaten wird noch bedeutend pessimistischer eingeschätzt, geht IV-Geschäftsführer Dr. Joachim Haindl-Grutsch genauer auf die aktuell zur Verfügung stehenden Konjunkturzahlen ein. Hier wird sich der Saldo von minus 27 weiter deutlich verschlechtern.

Sowohl bei den Verkaufspreisen, den Erträgen und den

Beschäftigten werden weitere Rückgänge erwartet.

Ewiggestrige träumen von Re-Verstaatlichung

Wieviele Milliarden an Verlustabdeckung der Staatswirtschaft von den österreichischen Steuerzahlern zwangsweise geleistet werden mußten, hat man der Bevölkerung wohlweislich verschwiegen. Doch jetzt, im Wahlkampf der bevorstehenden oö. Landtagswahlen, wittern die Steinzeitmarxisten in den politischen Parteien wieder Morgenluft für eine ideologische Rückwärtsentwicklung. Eine Entwicklung, die nur in den Abgrund führen würde.

Die Voest ist wohl das beste Beispiel: Jahr für Jahr wurden unter staatlichem - politischem - Zwang viele Millionen an

Verluste erwirtschaftet.

Die destruktiven Folgen politischer Demagogie

Für die bevorstehende Privatisierung der VOEST wurde die Zerschlagung des Konzerns, der Abbau vieler Arbeitsplätze und die teilweise Verlagerung ins Ausland an die Wand gemalt. Doch der privatisierte Konzern schuf neue Arbeitsplätze, wurde größer als je zuvor und lukrierte hohe Gewinne.

Für die politischen Demagogen haben sich die gezielten Angstparolen durch den Gewinn zusätzlicher Wählerstimmen dennoch gelohnt. Politische Moral wurde einmal mehr durch die Ratschläge Machiavellis für die Fürsten von damals und die Politiker von heute ersetzt.

Fünf Säulen einer modernen und tragfähigen Industriepolitik

1. Staat und Wirtschaft

Aus Sicht der oö. Industrie ist es vor allem die Arbeitsteilung, durch die Spitzenleistungen ermöglicht werden. Die Politik kümmert sich um die Rahmenbedingungen sowie um die Vorgabe und Einhaltung der Regeln, die Betriebe kümmern sich um das Geschäft.

„Österreich hat in den vergangenen Jahrzehnten einige der größten Debakel des Staatseinflusses im Unternehmenssektor hinnehmen müssen.

Mehr Staat in der Wirtschaft ist eine gefährliche Drohung“, so Pöttinger. Private Betriebe arbeiten erfolgreicher, nachhaltiger und finanzieren den Sozialstaat besser, als dies öffentliche Unternehmen je tun können.

„Deshalb spricht sich die Industrie auch klar gegen neue Landesbeteiligungen an unseren Industriebetrieben aus. Ein Wahlkampf, bei dem wie 2003 Betriebe von der Politik instrumentiert werden, ist für uns unakzeptabel.“

2. Marktwirtschaft bleibt erfolgreichstes Wirtschaftssystem der Geschichte

„Die aktuelle Krise ist keine Krise der Marktwirtschaft. Die von den USA ausgehende Krise beweist, wohin eine De-Industrialisierung und die Hinwendung zur virtuellen Dienstleistungsgesellschaft führt“, so Pöttinger.

Der Erfolg der oberösterreichischen Industrie basiert auf realen Werten, das Zusam-

menwirken von Produktion und Dienstleistung ist einer der wichtigsten Erfolgsfaktoren. Marktwirtschaftlicher Erfolg und soziale Verantwortung prägen das oberösterreichische System.

Deshalb müssen die Industrie und die wissensintensiven Dienstleistungen weiterhin gestärkt werden.

3. Gewinne sichern Arbeitsplätze und Wettbewerbsfähigkeit

Wer mit offenen Augen durchs Land fährt, sieht, daß seit der Jahrtausendwende massiv in die Betriebe investiert wurde.

Dafür sind Gewinne die unverzichtbare Voraussetzung, wie Pöttinger erklärt: „Kein Kredit ohne Sicherheit und kein Investment ohne Kredit! Die Industrie braucht Gewinne für Investitionen in modernste Technologie sowie Forschung und Entwicklung. Nur so können Arbeitsplätze und Wettbewerbsfähigkeit gesichert werden. Hauptge-

winner ist der Staat durch sprudelnde Steuereinnahmen, Arbeitsplätze und die generierte Wertschöpfung seiner erfolgreichen Betriebe. In letzter Konsequenz sind die Gewinne der Unternehmen die Voraussetzung für den Wohlstand im Land.“

Für die Standortsicherung und den weiteren Erfolg unserer Industrie bedarf es der ständigen Verbesserung der Rahmenbedingungen für Betriebe und Leistungsträger und wesentlich schnellerer Genehmigungsverfahren.

4. In globaler Krise neue Perspektiven schaffen

Intelligent eingesetzte Konjunkturpakete können die Auswirkungen der globalen Krise in Oberösterreich mildern und neue Wege in die Zukunft schaffen. Deshalb fordert die IV OÖ von der Politik nachhaltige Investitionen statt kurzfristiger „Wahlzucker!“.

Die schmerzhaften Ereignisse wenige Tage vor der Nationalratswahl 2008 durch eine völlig vernunftfreie und enthemmte Politik sollten ein abschreckendes Beispiel sein, wie vor Wahlen nicht agiert werden sollte. „Es ist zu hoffen, daß uns etwas Ähnliches in Oberösterreich erspart bleibt. Statt rein auf Konsum ausgerichtete Maßnahmen müssen jetzt nachhaltig wir-

kende investive Maßnahmen gesetzt werden“, betont IV-Geschäftsführer Dipl.Ing.Dr. Joachim Haindl-Grutsch und meint damit eine Konjunkturbelebung durch Investitionen in die thermische Sanierung von Altbauten, in die Wasserkraft, in die Infrastruktur und ebenso in Forschung und Entwicklung.

500 zusätzliche Projekte des Landes OÖ sind allerdings nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Sanierungsrate müßte von 1% auf über 3 %, das wäre für 4.300 Wohnungseinheiten, kurzfristig auf über 5 Prozent angehoben werden. Damit würde die Bauwirtschaft angekurbelt und der Energieverbrauch sowie die Emissionen gesenkt werden.



IV-Geschäftsführer Haindl-Grutsch fordert, den Schwerpunkt der Konjunkturfördernden Maßnahmen auf nachhaltige Investitionen zu richten

Vorrang für Ausbau der Wasserkraft

Der Ausbau der Wasserkraft muß endlich vorrangig betrieben werden. 800 zusätzliche GWh sind in Oberösterreich entscheidungsreif, wovon durch schnelle Genehmigungsverfahren in den nächsten zehn Jahren jeweils 10 Prozent ausgebaut werden können. Zusätzlich wartet das Potential der Speicherkraftwerke auf raschen Ausbau. Gerade die aktuelle Gaskrise

5. Oberösterreich für die Zukunft rüsten

Oberösterreichs Position als Industriebundesland Nummer Eins muß weiter ausgebaut werden. „Wir müssen jetzt die richtigen Weichen stellen, damit wir - sobald die Konjunktur wieder richtig in Fahrt kommt - schneller beschleunigen können“, fordert Haindl-Grutsch. Die wichtigsten Forderungen der IV sind:

- o Schulsystem modernisieren und Kreativität fördern

„Mit der Industrie ist direkt und indirekt jeder zweite Arbeitsplatz in in Oberösterreich verbunden. Nehmen wir gemeinsam unsere Verantwort-

zeigte einmal mehr, wie wichtig die Minimierung der Energieabhängigkeit vom Ausland ist. Außerdem ist die Wasserkraft der einzige Energieträger, der sich ohne Förderungen selbst finanziert.

F&E-Budget muß weiterhin gesteigert werden

Sehr positiv ist die vom Land OÖ beschlossene Erhöhung der F&E-Ausgaben auf 50 Mio. Euro. „Unser Ziel ist es, bis 2013 ein F&E-Budget des Landes von 100 Mio. Euro zu erreichen. Auf Basis des Budgets von 50 Mio. Euro 2008 bedeutet das eine Anhebung von jährlich 15 Prozent.

Gerade in schwierigen Zeiten braucht die Industrie, die über 80 Prozent der gesamten Forschungsausgaben in Oberösterreich finanziert, zusätzliche Anreize für zusätzliche Forschungsprojekte. Für eine industrielle Spitzenregion bleiben 4% F&E-Quote die zu erreichende Zielsetzung bis zum Jahr 2013“, fordert Haindl-Grutsch.

„Die Mehrinvestition im Jahr 2009 muß jedoch eine Ausnahme bleiben, ein ausgeglichener Landeshaushalt ist und bleibt erste Priorität.“

- o Technik und Naturwissenschaften an der Linzer Universität und den Fachhochschulen ausbauen

- o Forschungsbudget des Landes OÖ auf 100 Mio. Euro jährlich steigern

- o Forcierung einer kennzahlen-gesteuerten Verwaltung

- o Effizienter Mitteleinsatz im Sozial- und Gesundheitsbereich ohne Qualitätseinbußen.

tung für die erfolgreiche Zukunft unseres Landes wahr“, appelliert IV OÖ-Präsident Dipl.Ing.Klaus Pöttinger abschließend.

Energie AG wuchs um ein Drittel Konzernumsatz stieg auf 1,52 Milliarden Euro

Besonders deutlich stiegen die Umsatzzuwächse im Stromhandel und den Segmenten Wasser und Entsorgung. Durch den Teilverkauf der Energie AG durch das Land Oberösterreich an einen beschränkten Kreis oberösterreichischer Unternehmen und Banken wurde die mehr als zehnjährige Eigentümerdebatte beendet und die weitere Entwicklungsmöglichkeit abgesichert. Durch die Mehrheitsübernahme der Ferngas AG wurde die volle Konsolidierung des Gasbereiches vollzogen. Schließlich wurde durch die Inbetriebnahme des Gas- und Dampfkraftwerkes Timelkam die Strom-Eigenerzeugung nachhaltig gestärkt.

Dank der weiterhin beschrittenen Expansion wurde der Konzernumsatz im Geschäftsjahr 2007/2008 um 33,1 Prozent auf 1.52 Milliarden Euro gesteigert. Das operative Ergebnis stieg um 2,1 Prozent auf 163,7 Millionen, der Jahresüberschuß um 1,3 Prozent auf 114,9 Millionen Euro.

„Durch die Wertsteigerungsstrategie kann die Energie AG auch heuer ein hervorragendes Ergebnis vorlegen“, konnte Finanzvorstand Dr. Roland Pumberger zum Jahresabschluß feststellen. Damit verbesserte sich die Energie AG im Ranking der öö. Unternehmen von Platz 10 auf Platz 8.

„Der eingeschlagene Weg der wertorientierten Wachstums- und Expansionsstrategie erweist sich für die Energie AG als richtig“, so Dr. Leo Windtner, Generaldirektor der Energie AG. Er sieht die offensive Unternehmensentwicklung durch das Ergebnis bestätigt. „Wir sind bestens aufgestellt, wir können am Markt nicht nur bestehen, sondern auch mit den Besten mithalten“, fügte Windtner hinzu.

Die außergewöhnliche Umsatzsteigerung ist vor allem auf die Ausweitung des Stromhandels zurückzuführen. Weitere Erfolgsfaktoren waren die Mehrheitsübernahme an der OÖ Ferngas AG und der CMOÖ. Die Energie AG stieg damit unter den Top 3 der Wärmelieferanten für Prozeß- und Fern-

wärme in Österreich auf. Entsorgung und Wasser verzeichneten Umsatzsteigerungen von 26,3 bzw. 19,8 Prozent. Wesentlichen Anteil am positiven Ergebnis hat die Übernahme des größten Altpapierentsorgers Österreichs aus der Mayr-Melnhof-Gruppe und die erstmalige Konsolidierung der slowakischen Geschäftstätigkeit.

Das Kerngeschäft Energie umfaßt alle Stufen der Wertschöpfungskette von elektrischer Energie, dazu kommen noch Gas und Wärme. Von den an Endkunden abgegebenen 6.774 GWh Strom wurden 58 Prozent selbst erzeugt bzw. mit Bezugsrechten abgedeckt. Der Umsatz stieg um 36,1 Prozent auf 1,12 Milliarden Euro.

Die Entsorgung wurde auf acht europäische Länder ausgedehnt. Die Marke AVE wurde auch auf Moldavien ausgedehnt und führt in Österreich, Tschechien und Ungarn. Der Umsatz stieg um 26,3 Prozent auf 335,6 Millionen Euro. Im Segment Wasser erhöhte sich durch eine Übernahme in Tschechien und Einstiege in Ungarn und der Slowakei der Umsatz um 19,8 Prozent auf 81 Mio. Euro.

Mit der Privatisierung von 49 Prozent der Aktien war für das Unternehmen auch eine Kapitalerhöhung verbunden. Die Investitionen beliefen sich auf 181,5 Mio. Euro, darunter die Fertigstellung des Kraftwerkes Timelkam, die Mehrheitsübernahme der OÖ Fern-

gas AG und der weitere Ausbau des Stromnetzes. Außerdem wurde der Neubau der Konzernzentrale fertiggestellt.

Ausblick

Die konsequente Wachstums- und Internationalisierungsstrategie wird fortgesetzt. Die Eigenerzeugung von Strom erhöht sich durch das nunmehr ganzjährig zur Verfügung stehende Kraftwerk Timelkam auf 70 Prozent. Das Geschäftsfeld Erdgas wird weiter ausgebaut und die Partnerschaft bei der Pla-

nungsgesellschaft Tauerngasleitung wird eine nachhaltige Erweiterung der Lieferregionen ermöglichen.

Im mittel- und osteuropäischen Abfallmarkt wird organisches Wachstum durch die AVE fortgesetzt. Im Segment Wasser wird die Strategie durch organisches Wachstum und Erwerb weiterer Gesellschaften verstärkt beibehalten. Auch in Tschechien wird die Steigerung der Marktanteile angestrebt. Schließlich steht auch in Österreich die Weiterentwicklung verschiedener Wasser- und Kanalprojekte im Mittelpunkt.

Energie AG setzt auf Erdgas-Autos



Energie AG Gen. Dir. Leo Windtner (3.v.l.) und Ferngas-Vorstand Johann Grünberger (r.) übergaben drei neue Erdgas-Autos an Gf. Rudolf Möstl und Abt. Lt. Johannes Walchsberger

Im Konzern der Energie AG sind derzeit insgesamt 58 erdgasbetriebene PKW und LKW im Einsatz, wodurch jährlich 125 Tonnen CO₂ eingespart werden. Erdgas ist billiger als Benzin und Diesel, verursacht keinen Feinstaub und praktisch auch keinen Ruß. GD Leo Windtner: „Erdgas ist an den wichtigsten Verkehrsrouten erhältlich und das Netz wird 2009 weiter ausgebaut.“

Eis, Wasser, Gletscher und Polareis

Von Rainer Winkler

Eis aus Süßwasser schmilzt bei 0 oC (ca. 273 Kelvin). Man kann „besonders reines“ Wasser bei Vermeidung von Erschütterungen bis -72 oC unterkühlen (Erschütterungen oder Einbringen von Kristallisationskeimen bewirken schlagartiges Gefrieren), jedoch Eis nicht über 0 oC „überwärmen“. Wasser hat bei 4 oC das kleinste Volumen (Anomalie des Wassers). Daher schwimmt Eis auf dem Wasser. Schmilzt das arktische Eis („Nordpoleis“) so steigt der Meeresspiegel nicht (Man schlage nach bei Archimedes!). Scheint die Sonne auf das antarktische Eis, dann schmilzt es nicht, sondern wird bloß „wärmer“ solange die Schmelztemperatur von Null Grad Celsius nicht erreicht wird.

Die „drohende Klimaerwärmung durch das Treibhausgas CO₂“ ist nicht in der Lage, das antarktische Eis merklich zum Schmelzen zu bringen. Daß Gletscher wachsen und schrumpfen ist eine Folge des natürlichen permanenten Klimageschehens – ausgelöst durch schwankende Sonneneinstrahlung und andere Einflüsse- und vom Menschen nur marginal und in Wahrheit vernachlässigbar beeinflusst. Ein Gletscher hat oben ein „Nährgebiet“, da ist der Niederschlag und die Albedo von maßgeblichem Einfluß und unten ein „Zehrgebiet“, da nagt die warme Luft beim Steigen der Nullgradgrenze an ihm. Wie der Zweikampf ausgeht hängt von den Umständen ab.

Die Gletscher der Nördlichen Kalkalpen in Oberbayern sind nach den vier Eiszeiten (Riss, Würm, Günz und Mindel) verschwunden. Wo sind sie geblieben? In den Bayrischen Seen. Katastrophe? Nein! Blühende Landschaften sind entstanden. Fahren Sie doch nach Rottach-Egern und fahren Sie auf den Wallberg!

Die Pasterze (Gletscher des Grossglockners) war 1556 eine „Hutweide“. Beweis: Paster>Pastor>Hirte, Etze>späte Wiese. Dort wo jetzt noch ein (allerdings geschrumpfter Gletscher besteht, weidete im 16. Jahrhundert das Vieh unter Aufsicht eines Hirten. Der Gletscher auf dem Kilima-Ndscharo (immer falsch Kiliman-dscharo ausgesprochen!) wird kleiner. Ja! Schmilzt er? Nein! Was ist los? Er kann nicht schmelzen, die mittlere Jahrestemperatur am Äquator beträgt in 4000 m Höhe +4 oC und in 8000 m Höhe -20 oC. In 5800 m Höhe (Kibogipfel) hat es daher -6 bis -8 oC. Da schmilzt nichts! Also: Er verdunstet. Man nennt dies „sublimieren“. Unter

www.iceagenow.com/List_of_expanding_glaciers.htm können Sie sich eine vier Seiten lange Liste der weltweit derzeit wachsenden Gletschern herunterladen und ausdrucken. Diese Liste wird allenfalls klimapanische Freunde sehr beeindrucken. Die „Klimaschützer“ listen ja nur die schrumpfenden Gletscher auf. Das ist so wie mit den Eisbären. 1950 gab es 5.000, jetzt gibt es 25.000! Da die „Heuler“, die Robbenbabies nicht mehr von den Eskimos (p.c. Inuit) erschlagen werden dürfen ist der Tisch für die Eisbären mit Robben so sehr gut gedeckt. Letztere fressen ihrerseits den Eskimos die Fische weg, sodaß diese arbeitslos zu unterstützungsbedürftigen Alkoholikern geworden sind.

Die Solarkonstante (mittlere Energiemenge, die die Sonne gemessen in mittlerer Sonnenentfernung an der Grenze zur Erdatmosphäre) beträgt ca 1,37 kW/m². Davon gelangen i.M. ca. 26% zur Erdoberfläche, das sind i.M. ca. 360 W/m². Bedenken Sie nun den mittleren Einfallwinkel der Sonnenstrahlen auf das antarktische Eis, ziehen die Albedo (Reflexion) ab und berücksichtigen Sie die Länge des „Polartages“ und der Ganglinie der Sonne über dem Horizont, so kommen Sie auf nicht mehr als 1200 Wh (Wattstunden pro m² und Tag). Davon wird -20 oC „warmes“ Eis im obersten cm bestenfalls Null oC „warm“, zum Schmelzen ist aber auf die nötigen 80 kcal (334 kJ/kg) „Schmelzwärme“ Bedacht zu nehmen. Das (theoretisch mögliche) oberflächliche „Anschmelzen“ (nimmt man den obersten cm des Eises zur Basis!) ist aber in praxi durch die mit der Einstrahlung ansetzenden Ableitung der zusätzlichen Energie durch die sofort einsetzende Wärmeleitung nach unten (antarktischer Eispanzer auch mehrere tausend Meter!) mit Gewißheit unmöglich.

Daher wird auch die von Frau Merkel (als promovierte Physikerin wider besser sein sollendes Wissen) verkündete katastrophale Erderwärmung durch das (nur so benannte) Umweltgiftgas CO₂ (copyright die Umweltminister Trittin und Molterer!) bis 2100 um 2,3,5, nach Belieben auch 7 oC den antarktischen Eispanzer nicht zum Schmelzen bringen.

Das schafft die Sonne nicht. Da müßte sich eher die Erdachse in Sonnenrichtung drehen oder die Antarktis zum Äquator driften. Das werden aber die Grünen nicht zulassen. Gottseidank.

Multikulturelle Krawalle in Schweden

Fast niemand interessiert sich mehr für die seit Monaten anhaltenden Krawalle in Griechenland - und schon gar niemand für die Unruhen in der schwedischen Hauptstadt Malmö.

Dort wurde seit mehreren Jahren von muslimischen Jugendlichen ein Keller als Gebetsraum benützt. Vor wenigen Monaten lief der Mietvertrag aus und wurde nicht verlängert, was die muslimischen Jugendlichen nicht hinnehmen wollten und den Gebetsraum besetzten. Daraufhin wurde der Keller geräumt und seither gibt es Unruhen in Malmö. Mieter des Kellers war der Islamische Kulturverein, der die Einführung der Scharia in Schweden unterstützt. Frauen, die vergewaltigt wurden, sollen danach vier unabhängige Zeugen für die Vergewaltigung nennen, sonst geht der Täter straffrei aus. Unterstützt von Globalisierungsgegnern und Antifa-Kämpfern setzten die muslimischen Jugendlichen Fahrzeuge und Müllcontainer in Brand, bewarfen Polizisten mit Pflastersteinen, griffen Feuerwehrleute, die die mit Molotow-Cock-

tails in Brand gesetzten Geschäfte löschen wollten, mit Wurfgeschossen an und attackierten Rettungssanitäter und Krankenwagen sowie Journalisten, die über die Anschläge berichten wollten.

Im Moslem-Ghetto Malmö-Rosengard darf es nun so lange brennen, bis die Polizei die Feuerwehrleute vor den Jugendlichen schützt. Auch Polizisten werden angegriffen, sodaß überlegt wird, die Einsätze vom Militär schützen zu lassen. Polizisten und Feuerwehrleute werden in den Hinterhalt gelockt, indem Hauseingänge oder Abfallcontainer angezündet werden. Dann wird die Feuerwehr gerufen, die Brände zu löschen und bei ihrem Eintreffen von einem Steinhagel empfangen. Feuerwehrfahrzeuge haben inzwischen kugelsichere Scheiben, was den Feuerwehrleuten nichts nützt, wenn sie ihre Fahrzeuge verlassen müssen.

Ein amerikanischer Fernsehsender zeigt in einem Film, wie er in Schweden schon längst nicht mehr gezeigt werden darf, ohne des Rassismus bezichtigt zu werden, wie sich Malmö unter dem Ansturm

von Zuwanderern aus dem islamischen Kulturkreis verändert: Schweden werden zu Flüchtlingen im eigenen Land, wer kann, zieht weg. Mohammed in den verschiedensten Schreibweisen ist mittlerweile der häufigste männliche Vorname gefolgt von Yussuf. Ein Viertel aller Einwohner Malmö sind Moslems. Polizeibeamte trauen sich schon längst nicht mehr in alle Stadtviertel und Krankenwagen können nur unter Polizeischutz ausfahren. Von 1.000 Schülern sind nur noch zwei Schweden. Die Mehrheit der Zuwanderer, die die Polizei auch mit Feuerwerkskörpern angreifen, lebt von den großzügigen Zuwendungen des Staates, viele davon sind Kinder, und daher strafunmündig. Zu Weihnachten griffen die Unruhen auch auf Stockholm über, in dessen Stadtteil Tensta 80% der Zuwanderer Moslems sind. Straßenbarrikaden, brennende Reifen, Müllcontainer und Fahrzeuge sowie mit Molotow-Cocktails beworfene Polizisten sind das Fazit der „Stillen Nacht“.

Quelle: Udo Ulfkotte/Kopp Verlag

Sonderrechte für Muslime

Alle Menschen sind gleich, manche sind gleicher. Moslems etwa haben Sonderrechte. Wenn sie z.B. in einer Vielehe leben, bekommen alle Frauen nach Ableben des Mannes eine Witwenrente.

Der deutsche Bundestag hat sich mit der Vereinbarkeit von Scharia und deutschen Gesetzen befaßt und ein Faltblatt mit dem Titel „Die Anwendung der Scharia in Deutschland“ erarbeitet. Dort heißt es: „In Deutschland können Vorschriften der Scharia nach dem deutschen Internationalen Privatrecht zur Anwendung kommen.“ Soll heißen: In Deutschland ist die Vielehe zwar verboten, im Sozialrecht jedoch anerkannt, woraus sich Ansprüche auf Witwenrente begründen. Die Geliebten eines deutschen Mannes haben allerdings auch weiterhin keinen Anspruch auf Witwenrente. In Großbritannien hat ebenfalls jede weitere Frau Anspruch auf zusätzliche staatliche Förderung. Ganz im Gegensatz zu ethnischen Briten natürlich.

Die Ungleichheit macht auch vor dem Arbeitsleben nicht halt. Wenn ein Deutscher seinen Urlaub überzieht und sei es

noch so begründet, ist dies Grund für eine fristlose Entlassung. Umgekehrt kann ein Moslem nicht gekündigt werden, wenn er ohne Einverständnis seines Arbeitgebers eine Pilgerfahrt nach Mekka macht. In Großbritannien müssen etwa Hunde bei der Rauschgiftfahndung bei Betreten der Wohnung Schuhe an- und Polizisten ihre ausziehen- aus Rücksicht auf die Kultur. Auch daß die Bibel ein „unreines Buch“ ist und Moslems sich weigern dürfen, diese an Christen zu verkaufen, nicht jedoch Christen, den Koran an Moslems zu verkaufen, wird von unserer Rechtsprechung akzeptiert.

In zahlreichen öffentlichen Schwimmbädern wurden Schwimmzeiten für Muslime eingeführt. Daß Nicht-Muslime während dieser Zeiten einfach vor die Tür gesetzt werden, regt keinen mehr auf. In Berlin dürfen Frauen jetzt auch komplett verhüllt ins Wasser. Dies, nachdem zwei Muslimas je 3.000,- Schmerzensgeld zugesprochen worden waren, weil man sie in einem öffentlichen Schwimmbad nicht in Ganzkörperverhüllung ins Wasser lassen wollte.

In immer mehr europäischen Städten haben Ordnungshüter die Weisung, in mehrheitlich islamischen Stadtteilen bei Ordnungswidrigkeiten wegzuschauen. Der Ärger, den per Mobiltelefon herbeigerufenen Verwandte auslösen können, stehe in keinem Verhältnis zum Schutz der Rechtsgüter. In der britischen Stadt Bury wird deshalb Moslems ganz offiziell das Falschparken im Umfeld einer Moschee gestattet. Das ist auch in Österreich durchaus üblich, sehr zum Ärger aller jener, die sich an die Gesetze halten.

Und dann gibt es noch jene Fälle, wo sich sogar Kinderschänder unter Berufung auf den Islam der Strafverfolgung entziehen können. In Norwegen hat ein Kurde jahrelang seine beiden minderjährigen Töchter sexuell mißbraucht. Durch deren Aussagen sieht er sich in seiner Ehre gekränkt und will sie ermorden, sobald er aus der Untersuchungshaft entlassen wird. Die Behörden nahmen dies ernst, fällten kein Urteil und ließen den Mann in U-Haft.

Quelle: Udo Ulfkotte/Kopp Verlag